

Digitalhaus Franken GmbH
Coburger Tageblatt
Herrn Rebhan
Gutenbergstr. 5
96050 Bamberg

Ihr Artikel „Blick ins Ausweichquartier“ vom 01.02.2025 Unsere Stellungnahme

Coburg, 3. Februar 2025

Jens Büschel-Girndt
Schriftführer

Jens.Bueschel-Girndt@fdp-coburg-land.de
Tel.: 0179 9755352

FDP-Kreisverband
Coburg-Land
Richard-Wagner-Str. 6
96472 Rödental

vorstand@fdp-coburg-land.de
www.fdp-coburg-land.de

Sehr geehrter Herr Rebhan,

Sie haben in der Ausgabe vom 01.02.2025 unter der Überschrift „Blick ins Ausweichquartier“ nicht nur zu diesem Thema berichtet, sondern auch die Positionen der Bürgermeister und der Personalsratsvorsitzenden wiedergegeben. Leider fanden unsere Argumente für das Bürgerbegehren, anders als in der Neuen Presse Coburg, keinen Platz.

Vor allem aufgrund der Einleitung: „Würden da nicht dunkle Wolken in Form eines durch die FDP angestrebten Bürgerbegehrens als Vorstufe zu einem Bürgerentscheid am Horizont aufziehen“ und der ungefilterten Wiedergabe der Auffassung der Personalsratsvorsitzenden „Weiter hob sie hervor, dass die Gegner des Projekts mit gefährlichem Halbwissen arbeiten“ befürchten wir, dass Ihnen unsere Bewegründe und Zielsetzung nicht präsent sind. Wir bitten Sie deshalb, unsere Forderungen und Argumente unter www.roedental.fdp-coburg-land.de sowie die Ergebnisse unserer Recherchen unter www.coburg-land.freie-demokraten.de/bauprojekt-rathaus-roedental-sanierung-oder-umbau nachzulesen und hoffen zukünftig auf redaktionelle Berücksichtigung.

Zu den Behauptungen im Artikel:

Bereits die erste Behauptung des Bürgermeisters, sämtliche Arbeiten am Projekt seien einzustellen, sobald die Unterschriften vorliegen, ist falsch. Wirkung entfalten die eingereichten Unterschriften erst, wenn die Zulässigkeit des Begehrens durch den Stadtrat festgestellt wurde (Art. 18a Abs.8 BayGO). Selbst dann sind nicht alle Arbeiten einzustellen, sondern „es darf bis zur Durchführung des Bürgerentscheids eine dem Begehren entgegenstehende Entscheidung der Gemeindeorgane nicht mehr getroffen oder mit dem Vollzug einer derartigen Entscheidung nicht mehr begonnen werden, es sei denn, zu diesem Zeitpunkt haben rechtliche Verpflichtungen der Gemeinde hierzu bestanden“ (Art. 18a Abs.8 BayGO). Die Arbeiten können also voranschreiten, soweit sie mit dem Ziel des Begehrens nicht im Widerspruch stehen.

Der Kreisverband Coburg-Land ist eine Untergliederung des

FDP Landesverband Bayern e.V.
Goethestraße 17, 80336 München
Telefon: +49 89 126 009-0, Telefax: +49 89 126 009-30
E-Mail: mail@fdp-bayern.de, Internet: www.fdp-bayern.de

Vereinsregister-Nr.: VR 7714,
Amtsgericht München, Sitz: München
Vorsitzende: Martin Hagen und Katja Hessel
Geschäftsführer: Felix Meyer

Das von Herrn Bürgermeister „gemalte Szenario“, dass das Bürgerbegehren „mitten in den Umbau kommt und das Rathaus dann vielleicht als offene Baustelle ohne Fenster und vielleicht auch mit offener Fassade über Monate dastehen muss“, ist reiner Populismus zur Stimmungsmache ohne Substanz! Er vergiftet das Klima, statt Transparenz für einen konstruktiven Dialog zu schaffen.

Gemäß der Information der Stadt Rödental auf ihrer Website werden derzeit die Ausschreibungen fertig gestellt, mit einem Baubeginn sei im Mai oder Juni zu rechnen. Reichen wir die Unterschriften zeitnah ein, kann der Stadtrat unverzüglich (ggf. in einer Sondersitzung) über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entscheiden und noch vor Baubeginn den Bürgerentscheid durchführen.

Wir haben auch kein ganzes Jahr „ins Land ziehen lassen“, bevor wir uns mit dem Thema beschäftigten. Am 08.05.2024 haben wir unseren aktuellen Vorstand, der überwiegend aus Rödentaler Bürgern besteht, gewählt und begonnen Informationen zu sammeln (vgl. Website). Aufgrund restriktiver Informationspolitik der Stadtverwaltung Rödental hatten wir erst im Oktober ausreichende belastbare Informationen, um uns eine Überzeugung zu bilden, die zur Entscheidung führte, ein Bürgerbegehren zu initiieren. Mit mehr Transparenz seitens der Stadt, wäre vieles einfacher und schneller gegangen.

Die Behauptung, dass durch das Bürgerbegehren eine Verzögerung eintrete, die aufgrund von Förderungen oder Zuschüssen einen „Millionenschaden“ zur Folge habe, wird durch Wiederholung nicht überzeugender. In den aktuellen Informationen der Stadt Rödental ist die Rede davon, dass mit Fördermitteln von ca. 6,6Mio € **gerechnet** werde. Bewilligt sind sie scheinbar noch nicht, zumindest ist kein Förderbescheid bekannt. Warum noch nicht bewilligte Fördermittel zurückgezahlt werden müssten, erschließt sich nicht. Wenn die von Herrn BM Steiner erwähnten „Zuschüsse“ die Planung betreffen, dürfte die Abrechnung dieser Leistungen bis Ende 2028 kein Problem sein. Die Stabilisierungshilfe ist ohnehin nicht zweckgebunden, wie in den Richtlinien nachzulesen ist. Durch entsprechende Nachfragen bei den Behörden wird diese Frage zeitnah geklärt werden.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass nach Auffassung des 2.Bürgermeisters manche Argumente „an den Haaren herbeigezogen“ sein sollen. Sinnvoll wäre es, diese zu benennen und zu widerlegen, wie wir dies mit den „Informationen der Stadt Rödental zur Rathaussanierung“ getan haben www.roedental.fdp-coburg-land.de/media/files/pressemitteilung-02-2025.pdf

Wir haben auch nie behauptet, dass die gesamte Maßnahme unter betriebswirtschaftlichen Kriterien zu beurteilen sei, sondern fordern, wie überall nachzulesen ist:

- Vorläufiger Stopp des Vorhabens
- Fachlich fundierte Analyse des Sanierungs- und Renovierungsbedarfes des Rathauses und des Gebäudes Bürgerplatz 3
- Durchführung der zwingend notwendigen Maßnahmen am Rathaus
- Umsetzung weiterer Maßnahmen nur bei betriebswirtschaftlicher Rentabilität, bestätigt durch externe Fachleute
- Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes für das Gebäude Bürgerplatz 3

Auch der pauschale Vorwurf der Personalratsvorsitzenden, wir würden mit gefährlichem Halbwissen arbeiten, ist nicht zielführend. Gerne kann sie uns die angeblich „fehlende Hälfte des Wissens“ zur Verfügung stellen, sollte aber vorher zur Kenntnis nehmen, dass wir entgegen ihrer in der Neuen Presse Coburg nachzulesenden Behauptung nicht gegen eine Sanierung sind und die Mitarbeiter unter unzumutbaren Bedingungen würden weiterarbeiten lassen wollen.

Wir werden uns weiter sachlich mit den Fakten auseinandersetzen und hoffen, dass dies die Bürger Rödental ebenfalls tun und sich nicht durch effekthaschende Behauptungen blenden lassen.

Für ein Pressegespräch stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Büschel-Girndt